

## **Postulat Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Soziale Sicherheit: Genügend Fachpersonal für die Sozialdienste**

Soziale Sicherheit und Armutsbekämpfung sind bedeutende Aufgaben einer Gesellschaft. Um diese Sicherheit aufrecht zu erhalten und die Armut in der Gesellschaft zu verringern, ist eine professionelle, rechtssichere und gut funktionierende soziale Politik erforderlich. Die Sozialhilfe ist als letztes Netz eine grundlegende Säule der sozialen Sicherheit. SozialarbeiterInnen in den Sozialdiensten vollziehen die Sozialhilfe. Sie sind im wahrsten Sinn des Wortes „FrontarbeiterInnen“.

SozialarbeiterInnen arbeiten in einem Spannungsfeld und unter grossem Druck. Sie müssen den Ansprüchen eines doppelten Mandates gerecht werden:

- Einerseits müssen sie auf die Erwartungen der SozialhilfebezügerInnen eingehen und sie unterstützen. Sie sind verpflichtet, deren Anfragen zu prüfen, die Leistungen gemäss SKOS-Richtlinien und Sozialhilfeverordnung (SHV) auszurichten und die Betroffenen bei der Bewältigung von schwierigen Lebenslagen angemessen persönlich zu beraten und zu betreuen.
- Andererseits müssen sie die Betroffenen so schnell wie möglich von der Sozialhilfe ablösen, Missbrauch verhindern und im Auftrag des Arbeitgebers Kosten sparen

Diese Aufgaben können nur sachgerecht wahrgenommen werden, wenn ausreichend Fachpersonal zur Verfügung steht. Gemäss Art. 38 SHV liegt eine angemessene Belastung vor, wenn 80 bis 100 Fälle pro Fachpersonalstelle und Jahr bearbeitet werden. Ist die Belastung höher, kann die Anzahl der lastenausgleichsberechtigten Stellen erhöht werden.

Zu einer von mir gestellten Frage in einer Interpellation gab der Gemeinderat folgende Antwort (siehe Protokoll Nr. 28 vom 25. Oktober 2007, S. 1526): „Aufgrund der anhaltend hohen Fallzahlen und der zunehmend komplexer werdenden Fälle sind die Sozialarbeitenden an der Grenze ihrer Belastbarkeit angelangt (Stand 2006: 103 Fälle pro 100%-Stelle). Trotz zweier zusätzlicher 100%-Stellen, die 2005 bewilligt wurden, wären zusätzliche personelle Mittel notwendig und sachlich sinnvoll, um die Fallbelastung unter 100 Fälle pro 100% Sozialarbeitsstelle zu senken.“ Mit dieser Aussage anerkennt der Gemeinderat, dass die Kapazität der Sozialarbeitenden in der städtischen Sozialhilfe mehr als ausgeschöpft ist. Die kantonalen Vorgaben werden überschritten.

Wegen eines Missbrauchsfalls im Sozialdienst wurde eine Subkommission (Arbeitsgruppe) der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) eingesetzt, die in dieser Hinsicht Abklärungen machen soll. Weiter hat der Gemeinderat ein Massnahmenpaket beschlossen und dies am 13. September 2007 der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Ich gehe davon aus, dass auch die Fallbelastung pro Sozialarbeiterstelle eine zentrale Frage der laufenden Abklärungen ist. Gerade wegen den durch die laufenden Abklärungen bedingten Zusatzbelastungen ist es wichtig, dass die bestehenden Belastungsvorgaben nicht überschritten werden. Vermutlich wird die Belastung wegen der letzten IV-Revision, welche u.a. die Senkung der Zahl der IV-BezügerInnen bezweckt, auch in den Sozialdiensten der Stadt Bern weiter zunehmen.

Die Sozialarbeitenden des Sozialdienstes der Stadt Bern haben trotz der hohen Fallzahlen und -belastungen bis jetzt sehr gute Arbeit geleistet. Die Miesmacherei und die verbalen Angriffe auf die Sozialdienste wegen einem bekannten Einzelfall, haben dem Ruf und der Arbeit

der SozialarbeiterInnen in der Stadt Bern geschadet. Im Der Bund Interview vom 9. Nov. 07 erwähnt Frau Bruna Roncoroni, neue Leiterin der Sozialdienste, dass sie für eine jüngst ausgeschriebene Sozialarbeitsstelle relativ wenige Bewerbungen erhalten habe und äussert die Vermutung, dass dies mit den negativen Schlagzeilen zusammenhängen könnte. Der Sozialdienst riskiert, in einen Teufelskreis zu geraten: Wegen den öffentlichen Anfeindungen können Fachpersonalstellen nicht rechtzeitig besetzt werden, wegen der daraus folgenden Überlastungen verlieren die Stellen zusätzlich an Attraktivität und können die laufenden Aufgaben nicht vollumfänglich wahrgenommen werden, was zu Fehlern und weiteren Negativkampagnen führen kann etc... Es liegt deshalb im Interesse der Stadt, dass der durch die Medienkampagnen verursachte Imageschaden möglichst schnell korrigiert wird.

Daher beauftragen wir den Gemeinderat:

1. In den städtischen Sozialdiensten ist die Zahl der Sozialarbeiterstellen aufzustocken, um den notwendigen und sachlich sinnvollen Personalbestand zu erreichen und die Fallbelastung auf maximal 100 Fälle pro 100 % Sozialarbeitsstelle zu senken.
2. Um das Image der Sozialdienste der Stadt Bern zu verbessern, sind geeignete Massnahmen zu ergreifen, damit die Attraktivität der Arbeitsplätze gewahrt und die rechtzeitige Besetzung der offenen Stellen gewährleistet werden können.
3. Dem Stadtrat ist über beide Massnahmen ein Bericht vorzulegen.

Bern, 29. November 2007

*Postulat Fraktion GB/JA!* (Hasim Sancar, GB), Franziska Schnyder, Anne Wegmüller, Stéphanie Penher, Karin Gasser, Natalie Imboden, Cristina Anliker-Mansour, Urs Frieden, Lea Bill Rolf Zbinden, Daniele Jenni

### **Antwort des Gemeinderats**

Mit Beschluss vom 12. September 2007 genehmigte der Gemeinderat der Stadt Bern das Grundsatzpapier „Sozialhilfe in der Stadt Bern: Bedeutung – Grundsätze – Massnahmen“ und beauftragte die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS), die Sofortmassnahmen rasch umzusetzen und die mittel- und langfristigen Massnahmen fortzuführen resp. einzuleiten und ihm bis Ende Februar 2008 Zwischenbericht zu erstatten. Für die Umsetzung der beschlossenen Sofortmassnahmen startete die BSS im Oktober das Gesamtprojekt „Umsetzung Grundsatzpapier Sozialhilfe (GP SOH)“, welches sich in entsprechenden Teilprojekten mit den drei Themenblöcken Internes Kontrollsystem (IKS), Datenaustausch und Kommunikation (inkl. Produktgruppenbudget/Statistik/Controlling) befasste. Der daraus resultierende Umsetzungsbericht der BSS wurde am 27. Februar 2008 vom Gemeinderat genehmigt und Anfang März 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Ein wesentlicher Bestandteil des Massnahmenpakets ist die dringliche Verbesserung der personellen Ressourcen in der Sozialarbeit (Reduktion der Dossierbelastung pro 100%-Stelle). Es ist ein Ziel des Gemeinderats, die aktuelle Fallbelastung von über 100 Fällen pro 100%-Sozialarbeitsstelle im Sozialdienst erheblich zu reduzieren. Die Direktion BSS hat bei der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern die entsprechende Ermächtigung zur Aufnahme der zusätzlichen Personalkosten in die kantonale Lastenverteilung beantragt. Davon betreffen 150 Prozent den Einsatz von Sozialinspektorinnen/-inspektoren, 100 Prozent das Sozialrevisorat und 150 Prozent die personelle Aufstockung im Sozialdienst. Die Zustimmung des Kantons zur direkten Finanzierung des Sozialinspektorats (150 Prozent) ist erfolgt,

ebenso wurde die Aufnahme der Besoldungskosten im Umfang von insgesamt 250 Stellenprozenten in die Lastenverteilung zugesagt. Mit diesen zusätzlichen personellen Ressourcen kann die Fallbelastung von aktuell 104 Dossiers pro 100% Sozialarbeit auf neu 99 Dossiers gesenkt werden.

Der Gemeinderat nimmt zu den Aufträgen (Ziffer 1 – 3) wie folgt Stellung:

*Zu Punkt 1:*

Der Gemeinderat ist bereit, die nötige personelle Entlastung des Sozialdiensts so rasch als möglich zu realisieren und die nötigen Nachkredite zu beantragen. Er hat mit Beschluss vom 31. März 2008 Kenntnis genommen von der konkreten Ausgestaltung des Sozialrevisorats und des Sozialinspektorats und die BSS beauftragt, zum gegebenen Zeitpunkt einen Nachkreditsantrag für die genannte Stellenaufstockung zu stellen.

*Zu Punkt 2:*

Er wird die nötigen Massnahmen ergreifen, um das Image und die Attraktivität der Arbeitsplätze im Sozialdienst zu verbessern. Dabei wird dem Aspekt der verstärkten Kommunikation zum Thema Sozialhilfe besondere Beachtung geschenkt.

*Zu Punkt 3:*

Der Umsetzungsbericht wurde bereits an die Mitglieder der SBK und wird durch das Ratssekretariat an die andern Mitglieder des Stadtrats verschickt.

**Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 23. April 2008

Der Gemeinderat